Beschluss Resolution: Der Kohlekompromiss kann nur ein Anfang sein – kein weiteres Dorf

opfern - Strukturwandel zivilgesellschaftlich voranbringen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 23.02.2019

Tagesordnungspunkt: Top 1 Grußworte und Formalia

Antragstext

- Nach Jahren des klimapolitischen Stillstands hat die Kohlekommission nun
- Eckpunkte vorgelegt, mit denen Deutschland wieder auf den Pfad des Pariser
- Klimaabkommens kommen kann. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn die in der
- 4 Kommission vereinbarten Revisionsklauseln genutzt werden, um einen schnelleren
- Ausstieg zu forcieren. Nicht ohne Grund geben sich z.B. Schüler*innen mit dem
- bisherigen Ergebnis nicht zufrieden, streiken unter dem Motto "fridays for
- future" und fordern weitere ambitionierte Schritte. Nach dem Bericht der
- 8 Kohlekommission ist klar, dass uns noch harte Kämpfe um die Ausgestaltung des
- Kohleausstiegs bevorstehen. Dennoch sind die Eckpunkte ein wichtiges Signal,
- dass Deutschland als großes Industrieland aus der Kohle aussteigt. Ohne den
- 💶 langjährigen Druck der Umwelt- & Klimabewegung sowie von uns Bündnisgrünen wäre
- dies nicht möglich gewesen.
- 13 Nun müssen Bundesregierung und Landesregierungen die Empfehlungen der Kommission
- zügig in Gesetzestexte gießen und umsetzen. Mit Blick auf die fortschreitende
- 15 Klimakrise sowie die Klimaziele ist klar, dass der Kohleausstieg in Deutschland
- und Brandenburg deutlich früher abgeschlossen sein muss als 2038. Damit die in
- der Kommission vereinbarten Revisionsklauseln nicht zur Senkung, sondern zur
- Einhaltung der Klimaziele genutzt werden, braucht es deshalb weiterhin großen
- 19 Druck von Klimaschützer*innen. Denn die Brandenburger SPD steht nicht für mehr,
- 20 sondern weniger Klimaschutz: Nach wie vor kämpft sie für die Umsetzung des
- 21 sogenannten Revierkonzepts der LEAG, mit dem der Brandenburger Kohleausstieg in
- die 2040er Jahre verschoben würde!
- Für NRW hat die Kohlekommission zeitnahe Meilensteine empfohlen, u. a.
- 24 umfangreiche Kraftwerksabschaltungen bis 2022 und den Erhalt des Hambacher
- 25 Waldes. Für Brandenburg dagegen ist weiterhin offen, ob der Tagebau Welzow Süd
- 26 II noch kommt. Für die direkt und indirekt in der Kohle Beschäftigten gibt es
- damit keine Planungssicherheit. Und auch die Einwohner*innen von Proschim wissen
- weiterhin nicht, ob ihr Dorf abgebaggert wird. Verantwortlich dafür sind vor
- ²⁹ allem Ministerpräsident Dietmar Woidke und sein Amtsvorgänger Matthias Platzeck.
- 30 Sie haben in der Kommission die Absage an den neuen Tagebau Welzow Süd II, und
- damit auch ein klares Bekenntnis für den Erhalt Proschims, abgelehnt. Und das,
- obwohl die SPD bereits vor vielen Jahren versprochen hatte, dass Horno das
- letzte Dorf sei, welches aufgrund der Kohle verschwinde. Dass das
- 34 Kommissionsmitglied Hannelore Wodtke als Vertreterin der Welzower Tagebaurand-
- 35 Betroffenen das Kommissionsergebnis deshalb nicht mittragen konnte, ist für uns
- Bündnisgrüne mehr als verständlich. Gemeinsam kämpfen wir weiter gegen den neuen
- Tagebau und für den Erhalt Proschims! Auch bereits genehmigte Tagebaue wollen
- 38 wir verkleinern.

- 39 Neben dem Ausstieg aus der Kohleverstromung muss endlich der begleitende
- Strukturwandel angepackt werden. Laut Kommission sollen dafür in den nächsten 20
- Jahren 16 Milliarden Euro für die Lausitz bereitgestellt werden. Für uns steht
- fest: Die Gelder können nur prozessbegleitend ausgereicht werden, wenn der
- 43 Kohleausstieg auch tatsächlich stattfindet! Sie müssen konkret dem
- 44 Strukturwandel zu Gute kommen und dürfen nicht als Entschädigungen an die
- 45 Braunkohle-Industrie fließen. Außerdem sprechen wir uns für eine deutlich
- stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft aus: Zehn Prozent der Bundesmittel
- 47 sollen für zivilgesellschaftliche Projekte, soziales Unternehmertum, kulturelle
- Projekte etc. verwendet werden.
- ⁴⁹ Zu einem erfolgreichen Strukturwandel gehören für uns sowohl die Weiterbildung
- der Beschäftigten, der Ausbau der Schieneninfrastruktur (etwa die
- Elektrifizierung der Bahnstrecke Cottbus-Görlitz und der zweigleisige Ausbau der
- 52 Strecke Lübbenau-Cottbus), Investitionen in Zukunftstechnologien rund um
- Digitalisierung und Energiewende sowie die Ansiedlung von
- Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden. Wir drängen darauf, dass umgehend
- geklärt wird, nach welchen Kriterien und über welche Verfahren entsprechende
- Strukturwandelprojekte vom wem wo eingebracht werden können. Wir fordern einen
- 57 Staatsvertrag für die Lausitz! Der von der Landesregierung bereits vor Jahren
- angekündigte Leitbildprozess muss endlich starten. Wir wollen eine gemeinsame
- Vorstellung davon entwickeln, wohin es nach dem Kohleausstieg gehen soll und wie
- das Selbstverständnis der Lausitz im Jahr 2050 aussehen könnte.
- Wer am 1. September 2019 in Brandenburg Bündnis 90/Die Grünen wählt, stimmt für
- 62 Klimaschutz und den schnellstmöglichen Kohleausstieg, gegen den Tagebau Welzow
- Süd II und für den Erhalt Proschims. Wir kämpfen weiter für einen nachhaltigen,
- 64 mit den Menschen vor Ort gestalteten Strukturwandel in der Lausitz.